

Pressespiegel zur Medienkonferenz vom 3. Juli 2008

- © Zürichsee-Zeitung, 04.07.2008, Seite 11:
Ungewohnte Allianz macht Druck / Andreas Weidmann.....2
- © Zofinger Tagblatt / MLZ, 04.07.2008, Seite 1:
Energetische Gebäudesanierung gefordert / Alex Piazza.....4
- © Willisauer Bote, 04.07.2008, Nummer 53, Seite 2:
Überparteiliche machen Druck / Alex Piazza.....6
- © Tages-Anzeiger; 04.07.2008, Seite 2:
Ungewohnte Allianz für Energie / GES.....8
- © La Liberté; 04.07.2008, page 9: Pour économiser l'énergie, il faut assainir
les maisons au plus vite / pierre pauchard.....9
- © Der Bund; 04.07.2008, Seite 9:
Ungewohnte Allianz macht Druck / Andreas Weidmann.....11
- © Blick; 04.07.2008, Seite 8:
Haus sanieren und Steuern sparen / Simon Spengler13
- © Aargauer Zeitung / MLZ; 04.07.2008, Seite 4:
Im Gespräch.....15
- © Neue Luzerner Zeitung; 04.07.2008, Seite 7:
Altbauten sanieren soll sich lohnen / EVA NOVAK, Bern16
- © St. Galler Tagblatt; 04.07.2008, Seite 6:
Allianz für mehr Isolation / hb.....18
- © Neue Zürcher Zeitung, 04.07.2008, Nummer 154, Seite 15:
Politische Allianz für Gebäudesanierungen / wab.....19

Zürichsee-Zeitung March Höfe

Inland

Gebäude Parlamentarier aus allen Fraktionen wollen energiesparende Sanierungen fördern

Ungewohnte Allianz macht Druck

Um energiesparende Gebäudesanierungen zu fördern, will eine überparteiliche Allianz steuerliche Anreize für Hausbesitzer und eine Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe durchsetzen.

Andreas Weidmann, Bern

Das Energiesparpotenzial von Gebäudesanierungen ist längst bekannt: Der Gebäudereich beansprucht 45 Prozent des hiesigen Energieverbrauchs. Altbausanierungen könnten einen grossen Teil dazu beitragen, dass Wohnhäuser künftig weniger Energie fressen - gleichzeitig wäre damit ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der schweizerischen CO₂-Ziele geleistet. Umweltminister Moritz Leuenberger hatte deshalb im Februar ein nationales Sanierungsprogramm lanciert. Der Energieverbrauch von Häusern, die vor 1995 gebaut wurden, soll damit auf ein Niveau gesenkt werden, das dem sogenannten Minergie-Standard entspricht. Gestritten wurde bisher über die Finanzierung: Leuenberger schlug eine so genannte Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe vor, erlitt damit im Bundesrat allerdings Schiffbruch. Im Parlament wollte ein Teil der Bürgerlichen Sanierungen primär mit Steuererleichterungen für die Hausbesitzer fördern. Sie liefen damit kürzlich aber nicht nur im Ständerat auf, sondern auch bei Finanzminister Hans-Rudolf Merz.

Drei Massnahmen geplant

Nationalrat Otto Ineichen (FDP, LU) hat nun eine Allianz für einen Kompromiss geschmiedet. Zu ihr gehören Ständerätin Simonetta Sommaruga (SP, BE), Nationalrat Ruedi Lustenberger (CVP, LU) und der Waadtländer SVP-Nationalrat Jean-François Rime. Geplant sind drei Massnahmen:

Steuererleichterungen:

Denkbar wären hier Massnahmen, wie sie ein im Juni vom Ständerat verworfener FDP-Vorstoss fordert. Dazu gehört ein Bonus bei der Einkommenssteuer oder die temporäre Herabsetzung des Steuerwerts einer Liegenschaft. Allerdings dürften laut Sommaruga nur Sanierungen Abzüge erhalten, die beim Energiespar-Potenzial über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen und an klare Zielvorgaben gebunden sind.

Abschaffung der Dumont-Praxis:

Auch dies ist ein Steuergeschenk an die Hausbesitzer. Bisher können private Käufer einer Altliegenschaft Sanierungskosten in den ersten fünf Jahren nach dem Kauf

nicht zu 100 Prozent steuerlich abziehen, wenn sie das Gebäude in einem vernachlässigten Zustand übernommen haben. Dies soll geändert werden. ·

Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe:

Die Abgabe wird seit Anfang Jahr auf Brennstoffe erhoben. Falls wie erwartet das Kyoto-Ziel bis 2011 nicht erreicht wird, soll der Abgabesatz erhöht werden, die Einnahmen werden damit bei gut 600 Millionen Franken liegen. Die Abgabe wird bisher über AHV-Beiträge und Krankenkassen an Firmen und Private zurückbezahlt. Künftig soll mindestens ein Drittel für energetische Gebäudesanierungen abgezweigt werden, im Endausbau also 200 Millionen Franken pro Jahr. Damit hofft die Allianz, jährliche Investitionen von rund 1,2 Milliarden Franken auslösen zu können. Zum Vergleich: Bisher werden jährlich 5 Milliarden in energetische Sanierungen von Altbauten investiert.

Impuls für die Bauwirtschaft

Die Abschaffung der Dumont-Praxis und die Einführung der Teilzweckbindung sind im Parlament bzw. in der zuständigen Nationalratskommission bereits aufgegleist. Für weitere Steuererleichterungen wird laut Lustenberger in einem der Räte ein Vorstoss eingereicht. Den Bundesrat will die Allianz in die Pflicht nehmen, indem sie ihn per dringlichen Vorstoss auffordert, noch in der Herbstsession einen Katalog sofort umsetzbarer Massnahmen vorzulegen.

Die Allianz ist optimistisch, eine Mehrheit für die Forderungen finden zu können: «Auch ich musste über meinen Schatten springen», sagte Sommaruga, die sich noch im Juni gegen Steuererleichterungen ausgesprochen hatte. Dank der Zielvorgaben hoffe sie, eine Mehrheit der SP-Fraktion zu überzeugen. Bei den Bürgerlichen werde die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe der Pferdefuss sein, sagte Ineichen. Angesichts der explodierenden Energiepreise brauche es aber neue Wege. Lustenberger betonte, die CVP-Fraktion stehe mehrheitlich hinter der Teilzweckbindung. Selbst Rime stellte in Aussicht, «einen Teil» der SVP im Boot zu haben.

Hauseigentümer und Mieter dürfte die Allianz auf ihrer Seite haben. Wichtige Mitspieler sind aber auch die Kantone. Diese haben sich bisher gegen eine Teilzweckbindung ausgesprochen. Die kantonalen Energiedirektoren wollen sich indessen im August nochmals mit der Frage beschäftigen.

Luzern

Energetische Gebäudesanierung gefordert

Luzern. In überparteilicher «Allianz Energetische Gebäudesanierung - Jetzt» sind drei Luzerner Nationalräte dabei

Mit verschiedenen Sofortmassnahmen wollen Parlamentarier aller Fraktionen in der Herbstsession zur nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs beitragen. Unter ihnen auch drei Luzerner Nationalräte.

Alex Piazza

Keine Frage: Die immer höheren Energiepreise beunruhigen die Konsumenten und wirken sich negativ auf den Finanz- und Werkplatz Schweiz aus. Kurz vor den Sommerferien haben sich deshalb 10 Parlamentarier verschiedener Couleur in der «Allianz Energetische Gebäudesanierung - Jetzt» zusammengeschlossen. Mit dabei auch die drei Luzerner Nationalräte Otto Ineichen (FDP), Ruedi Lustenberger (CVP) und Louis Schelbert (GPS). Ziel der Vereinigung ist es, mit geeigneten politischen Massnahmen den Energieverbrauch in der Schweiz rasch und nachhaltig zu senken. Dabei stehen drei Themen im Vordergrund, wie an der gestrigen Medienkonferenz in Bern bekannt wurde.

Teilzweckbindung der Abgabe

So gehen den Initianten die heute gültigen steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für energetische Altbausanierungen zu wenig weit. Denkbar wäre laut SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga beispielsweise ein (mit einem bestimmten Faktor multiplizierter) Abzug der Sanierungskosten bei der Einkommenssteuer oder die befristete Herabsetzung des Steuerwerts einer Liegenschaft nach erfolgter Sanierung: «Allerdings nur für Massnahmen, die über die gesetzlichen Mindestvorschriften hinaus gehen.»

Handlungsbedarf sieht die Allianz auch bei der Kohlendioxid-Abgabe. Sie schlägt vor, mindestens einen Drittel dieser Mittel zweckgebunden der direkten Förderung von energetischen Gebäudesanierungen zuzuführen. Dazu Ruedi Lustenberger: «Es ist sinnvoll, an der Quelle anzusetzen - also dort, wo die Brennstoffe verbraucht werden.» Der Vollzug solle durch die Kantone erfolgen, wo bereits das erforderliche Know-how vorhanden sei.

Abschaffung der Dumont-Praxis

Ein weiterer Dorn im Auge ist den Initianten die so genannte «Dumont-Praxis», wonach der private Käufer einer Altliegenschaft Sanierungskosten, die bei ihm in den ersten 5 Jahren nach Erwerb anfallen, nicht zu 100 Prozent steuerlich abziehen kann, wenn er die Liegenschaft in einem vernachlässigten Zustand übernommen hat. Das führt laut SVP-Nationalrat Jean-François Rime dazu, dass notwendige Gebäu-

desanierungen aus steuerlichen Gründen auf die lange Bank geschoben werden und der Erwerb von Wohneigentum behindert wird.

«Bundesrat ist gefordert»

Diesen drei Sofortmassnahmen will die überparteiliche Allianz in der Herbstsession zum Durchbruch verhelfen. Das entlaste das Portemonnaie der Konsumenten und trage zur Konjunkturbelebung bei, sagte Ineichen. «Dadurch werden im Endeffekt Arbeitsplätze erhalten und neue Steuereinnahmen generiert.» In ihrem Manifest nimmt die Allianz aber auch den Bundesrat in die Pflicht. Mittels eines dringlichen Vorstosses fordert sie ihn auf, in der Herbstsession einen Katalog sofort umsetzbarer Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz vorzulegen, wie Louis Schelbert ausführte.

Sorgen ernst nehmen

Denn die Förderung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz seien «der eigentliche Schlüssel für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik». Für Initiant Otto Ineichen «sind die komplexen Herausforderungen in der aktuellen Energiepolitik nicht mehr von einer Partei im Alleingang zu meistern». Mit der Gründung der überparteilichen Allianz demonstriere man, dass man die Sorgen der Bevölkerung ernst nehme. Neben der politischen Ebene will sich die Allianz laut Ineichen auch dafür einsetzen, dass Banken und Energiedienstleister im Sinne einer befristeten Aktion günstige Kredite beziehungsweise Subventionen für Gebäudesanierungen anbieten. Um ihre Bestrebungen zu koordinieren und weitere Inputs aus der Bevölkerung aufzunehmen, wurde zudem eine Geschäftsstelle eingerichtet.

Kanton

Überparteiliche machen Druck

Energetische Gebäudesanierung | Überparteiliche Allianz stellt Forderungen

Mit verschiedenen Sofortmassnahmen wollen Bundesparlamentarier aller Fraktionen in der Herbstsession zur nachhaltigen Senkung des Energieverbrauchs beitragen. Unter ihnen auch drei Luzerner Nationalräte.

von Alex Piazza

Die immer höheren Energiepreise beunruhigen die Konsumenten und wirken sich negativ auf den Finanz- und Werkplatz Schweiz aus. Kurz vor den Sommerferien haben sich deshalb zehn Parlamentarier verschiedener Couleur in der «Allianz Energetische Gebäudesanierung – JETZT» zusammengeschlossen. Mit dabei auch die drei Luzerner Nationalräte Otto Ineichen (FDP), Ruedi Lustenberger (CVP) und Louis Schelbert (GPS). Ziel der Vereinigung ist es, mit geeigneten politischen Massnahmen den Energieverbrauch in der Schweiz rasch und nachhaltig zu senken. Dabei stehen drei Themen im Vordergrund, wie an der gestrigen Medienkonferenz in Bern bekannt wurde.

Teilzweckbindung der CO2-Abgabe

So gehen den Initianten die heute gültigen steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für energetische Altbausanierungen zuwenig weit. Denkbar wäre laut SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga beispielsweise ein (mit einem bestimmten Faktor multiplizierter) Abzug der Sanierungskosten bei der Einkommenssteuer oder die befristete Herabsetzung des Steuerwerts einer Liegenschaft nach erfolgter Sanierung: «Allerdings nur für Massnahmen, die über die gesetzlichen Mindestvorschriften hinausgehen». Handlungsbedarf sieht die Allianz auch bei der CO2-Abgabe. Sie schlägt vor, mindestens einen Drittel dieser Mittel zweckgebunden der direkten Förderung von energetischen Gebäudesanierungen zuzuführen. Dazu Ruedi Lustenberger: «Es ist sinnvoll, an der Quelle anzusetzen – also dort, wo die Brennstoffe verbraucht werden.» Der Vollzug solle durch die Kantone erfolgen, wo bereits das erforderliche Know-how vorhanden sei.

Abschaffung der Dumont-Praxis

Ein weiterer Dorn im Auge ist den Initianten die sogenannte «Dumont-Praxis», wonach der private Käufer einer Altliegenschaft Sanierungskosten, die bei ihm in den ersten fünf Jahren nach Erwerb anfallen, nicht zu 100 Prozent steuerlich abziehen kann, wenn er die Liegenschaft in einem vernachlässigten Zustand übernommen hat. Das führt laut SVP-Nationalrat Jean-François Rime dazu, dass notwendige Gebäudesanierungen aus steuerlichen Gründen auf die lange Bank geschoben werden und der Erwerb von Wohneigentum behindert wird.

«Bundesrat ist gefordert»

Diesen drei Sofortmassnahmen will die überparteiliche Allianz in der Herbstsession zum Durchbruch verhelfen. Das entlaste das Portemonnaie der Konsumenten und trage zur Konjunkturbelebung bei, sagte Ineichen. «Dadurch werden im Endeffekt Arbeitsplätze erhalten und neue Steuereinnahmen generiert.» In ihrem Manifest nimmt die Allianz aber auch den Bundesrat in die Pflicht. Mittels eines dringlichen Vorstosses fordert sie ihn auf, in der Herbstsession einen Katalog sofort umsetzbarer Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz vorzulegen, wie Louis Schelbert ausführte. Denn die Förderung erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz seien «der eigentliche Schlüssel für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik».

Über Parteigrenzen hinweg

Für Initiant Otto Ineichen «sind die komplexen Herausforderungen in der aktuellen Energiepolitik nicht mehr von einer Partei im Alleingang zu meistern.» Mit der Gründung der überparteilichen Allianz demonstrierte man, dass man die Sorgen der Bevölkerung ernst nehme. Neben der politischen Ebene will sich die Allianz laut Ineichen auch dafür einsetzen, dass Banken und Energiedienstleister im Sinne einer befristeten Aktion günstige Kredite bzw. Subventionen für Gebäudesanierungen anbieten. Um ihre Bestrebungen zu koordinieren und weitere Inputs aus der Bevölkerung aufzunehmen, wurde zudem eine Geschäftsstelle eingerichtet.

Inland

GES

Ungewohnte Allianz für Energie

Bern. - Angesichts der hohen Energiekosten haben zehn Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus FDP, CVP, SVP, SP und Grünen eine überparteiliche Allianz zur Förderung von energetischen Gebäudesanierungen gebildet. Sie wollen in der Herbstsession steuerliche Anreize und eine Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe durchbringen und hinderliche Steuerbestimmungen abschaffen.

Konkret werden weitere steuerliche Abzugsmöglichkeiten für energetische Altbau-sanierungen gefordert. Bei der CO₂-Abgabe schlägt die Allianz vor, mindestens ein Drittel der Mittel zweckgebunden der direkten Förderung von Energiesanierungen zuzuführen. Abgeschafft werden soll die «Dumont-Praxis», nach der Käufer einer Altliegenschaft Renovationskosten in den ersten fünf Jahren nicht voll steuerlich abziehen können. Dadurch würden notwendige Sanierungen aus steuerlichen Gründen hinaus geschoben.

«Alle Beteiligten mussten ein Stück weit über ihren Schatten springen und um der guten Sache willen Kompromisse eingehen», sagte der Luzerner FDP-Nationalrat Otto Ineichen. Als Nebenwirkung erhofft sich die Allianz einen Impuls für die Bauwirtschaft. (AP)

1er Cahier

Pour économiser l'énergie, il faut assainir les maisons au plus vite

palais fédéral • Dix poids lourds du parlement créent une alliance interpartis. Ils prônent des mesures énergétiques rapides et efficaces.

pierre pauchard

C'est assez parlé des économies d'énergie. Il faut bouger, trouver des mesures politiques rapides et efficaces. Voilà le discours de dix parlementaires de tous bords résolus à foncer et à fonder une alliance intitulée «Maintenant!». Objectif: assainir les bâtiments en abaissant la consommation d'énergie.

Alliance très large

Ces dix élus comptent au parlement. L'alliance est large: du Vert Luc Recordon et du PDC Ruedi Lustenberger aux UDC This Jenny et Jean-François Rime en passant par les socialistes Simonetta Sommaruga, Suzanne Leutenegger Oberholzer et les radicaux Hans Hess et Otto Ineichen, l'initiateur de cette démarche.

C'est bien d'aligner des poids lourds de tous les grands partis. Ils devraient pouvoir rallier assez d'élus pour trouver des majorités. Mais cela signifie aussi que chaque formation devra faire des concessions. La droite, par exemple, sera obligée d'y aller modérément sur l'affectation de la taxe CO2. Un projet visant à reverser au moins un tiers des recettes pour encourager la rénovation des bâtiments sera débattu au Conseil national.

La socialiste Simonetta Sommaruga, autre exemple, se dit prête à promouvoir des incitations fiscales pour l'assainissement des bâtiments anciens, comme le demande le radical argovien Philip Müller. A une condition, cependant: «seules des mesures efficaces et qui dépassent les règles minimales fixées par la loi doivent être honorées», précise la conseillère aux Etats bernoise.

On pourrait imaginer, par exemple, pour l'imposition sur le revenu, une déduction des frais d'assainissement multipliée par un facteur déterminé ou, pour l'imposition sur la fortune, une réduction limitée dans le temps de la valeur fiscale d'un immeuble après son assainissement.

La gauche devra faire une autre concession, à savoir abolir ce qu'on appelle «la pratique Dumont». Selon cette pratique, l'acquéreur privé d'un immeuble ancien ne peut déduire des impôts les frais d'assainissement du bâtiment, ceci durant les cinq années qui suivent l'acquisition, lorsqu'il a acheté un immeuble dont l'entretien a été négligé. «Pratique désuète et arbitraire», tonne le Fribourgeois Jean-François Rime. «C'est précisément pour les immeubles dont l'entretien a été négligé qu'un assainissement s'impose d'urgence.» Le conseiller fédéral Hans-Rudolf Merz prône également l'abandon de la pratique Dumont.

Le Lucernois Otto Ineichen insiste sur la rapidité des interventions parlementaires et des mesures à promouvoir. Les économies d'énergie obtenues par l'assainissement des bâtiments devront être discutées et votées, selon lui, à la session d'automne, au plus tard. C'est possible, puisque des motions et des interpellations qui visent à atteindre ces objectifs sont actuellement en suspens. Il suffira donc de susciter des interventions parlementaires complémentaires.

Avec les banquiers

Enfin, cette nouvelle alliance avait mis à son programme une approche de l'Association suisse des banquiers et de diverses banques d'affaires pour trouver des conditions avantageuses. C'est fait, puisqu'elle négocie actuellement avec trois banques et avec les prestataires d'énergie des taux d'intérêts de 2,5 à 3% ou des subventions pour l'assainissement des bâtiments. I

L'alliance de dix élus prône des constructions aptes à abaisser la consommation d'énergie, à l'image de ce bâtiment construit selon le standard Minergie à Steinhausen, près de Zoug. KEYSTONE

schweiz

Überparteiliche Gruppe mit Simonetta Sommaruga will Gebäudesanierungen auch mit Steuergeschenken fördern

Ungewohnte Allianz macht Druck

Die hohen Energiepreise wirkten als Katalysator: Um Gebäudesanierungen zu fördern will eine überparteiliche Allianz steuerlichen Anreizen für Hausbesitzer und einer Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe zum Durchbruch verhelfen.

Andreas Weidmann

Das Energiesparpotenzial von Gebäudesanierungen ist bekannt: Der Gebäudebereich beansprucht 45 Prozent des hiesigen Energieverbrauchs. Altbausanierungen könnten einen grossen Teil dazu beitragen, dass Wohnhäuser künftig weniger Energie fressen – gleichzeitig wäre damit ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der schweizerischen CO₂-Ziele geleistet. Umweltminister Moritz Leuenberger hat deshalb im Februar ein nationales Sanierungsprogramm lanciert. Der Energieverbrauch von Häusern, die vor 1995 gebaut wurden, soll damit auf ein Niveau gesenkt werden, das dem sogenannten Minergie-Standard entspricht.

Umstrittene Finanzierung

Gestritten wird über die Finanzierung: Leuenberger schlägt eine Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe vor, doch der Bundesrat will davon nichts wissen. Im Parlament will ein Teil der Bürgerlichen Sanierungen bisher primär mit Steuererleichterungen für die Hausbesitzer fördern. Sie sind damit aber kürzlich nicht nur im Ständerat aufgelaufen, sondern auch bei Finanzminister Hans-Rudolf Merz.

Der Luzerner Nationalrat Otto Ineichen (fdp) hat nun mit Leuten aus allen Fraktionen eine zehnköpfige Allianz für einen Kompromiss geschmiedet. Mit von der Partie ist etwa auch die Berner SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga, der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger und der Waadtländer SVP-Nationalrat Jean-François Rime. Sie verlangen drei Massnahmen:

Steuererleichterungen: Denkbar sind laut Sommaruga Massnahmen, wie sie ein im Juni vom Ständerat verworfener FDP-Vorstoss fordert. Dazu gehört ein Bonus bei der Einkommensteuer oder die temporäre Herabsetzung des Steuerwerts einer Liegenschaft. Allerdings dürften Sommaruga zufolge nur Sanierungen Abzüge erhalten, die beim Energiespar-Potenzial über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen und an klare Zielvorgaben gebunden sind.

Abschaffung der Dumont-Praxis: Auch dies ist ein Steuergeschenk an die Hausbesitzer. Bisher können private Käufer einer Altliegenschaft Sanierungskosten in den ersten fünf Jahren nach dem Kauf nicht zu 100 Prozent steuerlich abziehen, wenn sie das Gebäude in einem vernachlässigten Zustand übernommen haben. Dies soll geändert werden.

Geld aus CO₂-Abgabe: Die Abgabe wird seit Anfang Jahr auf Brennstoffen erhoben. Falls wie erwartet das Kyoto-Ziel bis 2011 nicht erreicht wird, soll der Abgabesatz erhöht werden, die Einnahmen werden damit gut 600 Millionen Franken betragen. Die Abgabe wird bisher über AHV-Beiträge und Krankenkassen an Firmen und Private zurückbezahlt. Künftig soll mindestens ein Drittel für energetische Gebäudesanierungen abgezweigt werden, im Endausbau also 200 Millionen Franken pro Jahr. Damit hofft die Allianz jährliche Investitionen von rund 1,2 Milliarden Franken auslösen zu können. Zum Vergleich: Bisher werden jährlich 5 Milliarden in energetische Sanierungen von Altbauten investiert.

Impuls für die Bauwirtschaft

Die Abschaffung der Dumont-Praxis und die Teilzweckbindung der CO₂ -Abgabe sind im Parlament bzw. in der zuständigen Nationalratskommission bereits aufgegleist. Für weitere Steuererleichterungen wird laut Lustenberger in einem der Räte ein Vorstoss eingereicht. Den Bundesrat will die Gruppe um Ineichen in die Pflicht nehmen, indem sie ihn per dringlichem Vorstoss auffordert, noch in der Herbstsession einen Katalog sofort umsetzbarer Massnahmen vorzulegen.

Die Allianz ist optimistisch, eine Mehrheit für die Forderungen finden zu können: «Auch ich musste über meinen Schatten springen», sagt Sommaruga, die sich noch im Juni gegen Steuererleichterungen ausgesprochen hatte. Dank den Zielvorgaben hoffe sie, eine Mehrheit der SP-Fraktion zu überzeugen. Tatsächlich steht etwa auch SP-Energieexperte Rudolf Rechsteiner, selber nicht Mitglied der Allianz, hinter dem Gesamtpaket: «Das Rückgrat ist aber die Teilzweckbindung der CO₂ -Abgabe, weil nur dort die Mieter wirklich profitieren.»

Bei den Bürgerlichen werde die Teilzweckbindung der Pferdefuss sein, sagt Ineichen. Angesichts der explodierenden Energiepreise brauche es aber neue Wege. Lustenberger betont, die CVP-Fraktion stehe mehrheitlich hinter der Teilzweckbindung. Als willkommene Nebenwirkung erwarte man davon auch einen Impuls für die Bauwirtschaft. Selbst Rime stellt in Aussicht, «einen Teil» der SVP im Boot zu haben.

Hauseigentümer und Mieter dürfte die Allianz auf ihrer Seite haben. Wichtige Mitspieler sind aber auch die Kantone. Diese haben sich bisher gegen eine Teilzweckbindung ausgesprochen. Die kantonalen Energiedirektoren wollen sich indessen im August nochmals mit der Frage beschäftigen.

SCHWEIZ

Dank Meisterdealer Otto Ineichen

Haus sanieren und Steuern sparen

Von **Simon Spengler**

Endlich tut die Politik was gegen die Energiekrise! Ein genialer Streich zwischen links und rechts bringt viel Geld für Haussanierungen. Dank Meister-Dealer Otto Ineichen.

Der Ölpreis steigt und steigt -und dagegen machen kann man nichts. Wirklich nicht? «Seit Wochen treibt mich diese Frage um», sagt FDP-Nationalrat und Unternehmer Otto Ineichen (67, Bild). «Immer hiess es in Bern, man könne da nichts tun. Das konnte ich nicht akzeptieren.»

Der Geistesblitz kam bei einem Espresso mit SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga. «Ihr verdanke ich die zündende Idee», sagt «Otti». Zwar könnten wir den Ölpreis nicht ändern. Aber unseren Ölverbrauch. «Simonetta machte mir klar: Der effizienteste Hebel gegen die Preisexplosion ist die flächendeckende Sanierung der Gebäude.» Denn die Hälfte unseres Energiebedarfs fällt bei Heizung und Warmwasser an.

Aber wie das nötige Geld beschaffen? Die beiden heckten den Deal aus: Geld aus der CO₂-Abgabe für die Haussanierung freisetzen (das freut die Linken), dafür neue Steueranreize bei Sanierungen (das freut die Rechten).

Worum gehts genau?

Seit Anfang Jahr zahlen wir die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe. Via Krankenkasse und AHV-Beiträge fliesst das Geld wieder zurück. Die Linke wollte schon immer das Geld lieber für Investitionen zum Energiesparen einsetzen. Die Rechte hat die neue Abgabe mit allen Mitteln bekämpft. Aus Prinzip.

Die Rechte verlangt schon lange neue Steueranreize für Investitionen beim Klima. Aber die Linke sieht bei jedem Vorschlag für Steuerreduktion rot. Aus Prinzip.

Ineichen schnürte nun das Päckchen:

Ein Drittel der CO₂-Abgabe wird fix für Anschubfinanzierungen von Gebäudesanierungen reserviert. 200 Millionen kommen pro Jahr zusammen. Damit werden Sanierungen auch für grosse Liegenschaftsbesitzer interessant, die bisher die Heizkosten einfach auf die Mieter überwälzten.

Als Gegenleistung gibt die Linke den Widerstand für neue Steueranreize auf. Einzige Bedingung: Sie müssen an Zielvorgaben gekoppelt sein. Primär können private Hausbesitzer profitieren.

Wie nun das Päckchen schmackhaft machen? Ineichen wirkte als «fliegender Händler», sprach mit Vertretern aller Lager, erhielt immer wieder Absagen. Aber gab nicht

auf. Letzte Woche die Wende: «Ich lud aus allen Parteien Interessierte zum Essen ein. Und das Wunder geschah: Alle bewegten sich.» Vom Grünen Luc Recordon (52) bis zum SVP-Unternehmer Jean-François Rime (58). Jetzt haben aus allen Parteien zwei Exponenten den Pakt unterzeichnet. Für ihn sei der Schritt besonders gross, meint Rime. «Aber auch die SVP muss in Umweltfragen dazulernen.» Auch aus der FDP und CVP wird schon Unterstützung signalisiert. Die Linke zieht auch mit.

Die Politik bewegt sich manchmal doch.

Foto: Christian Lanz

«Und ein Wunder geschah: Alle bewegten sich. » Otto Ineichen

Inland

Im Gespräch

Der Tausendsassa will es wieder einmal wissen: Der Luzerner Otto Ineichen hat eine prominente Parlamentariergruppe um sich geschart, welche die Energiesanierung von Gebäuden vorantreiben will. Ineichen ist es dabei gelungen, die linken Simonetta Sommaruga (SP) und Louis Schelbert (Grüne) für Steuererleichterungen zu gewinnen. Und er hat es geschafft, die rechten Jean-François Rime (SVP) und Ruedi Lustenberger (CVP) für eine Teilumwandlung der CO₂-Abgabe in eine Fördersteuer einzuspannen. Nun müssen freilich auch noch deren Parteien mitmachen › sonst bleibt der Vorstoss heisse Luft. (DLI)

Luzerner Zeitung Schweiz

Energieeffizienz

Altbauten sanieren soll sich lohnen

Die hohen Energiepreise machen es möglich: Eine breite Allianz von links bis rechts will Sofortmassnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs ergreifen.

VON EVA NOVAK, Bern

«Aussergewöhnliche Situationen erfordern ein aussergewöhnliches Vorgehen»: Angesichts der explodierenden Heizölpreise hat der Luzerner FDP-Nationalrat Otto Ineichen eine breite Allianz zusammengetrommelt, um energetischen Sanierungen von Altbauten zum Durchbruch zu verhelfen.

Alle grossen Parteien dabei

Dem Bündnis gehören je fünf National- und Ständeräte aus allen fünf grossen Parteien an. Diese hinter das gleiche Ziel gebracht zu haben, sei ein «Meisterstück», lobte der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger. Eines indessen, das sich lohnen könnte: «Im Gebäudebereich», so der Schreinermeister, «besteht das weit-aus grösste Einsparpotenzial.»

Um dieses auszuschöpfen, setzt die Allianz einerseits auf steuerliche Anreize. Trotz Vorbehalten kann sich auch SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga mit diesen anfreunden. Allerdings dürfe «nicht jeder Pinselstrich steuerlich belohnt werden», fordert sie. Damit die SP einverstanden sei, dürften nur Massnahmen von der Steuer abgezogen werden, die einen relevanten Zielbeitrag gewährleisten und über die gesetzlichen Vorschriften hinaus gehen.

Aus bürgerlicher Sicht ist die geforderte Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe das Pièce de résistance. Die Allianz möchte mindestens ein Drittel der Mittel, die zurzeit dem Volk zurückerstattet werden, der direkten Förderung von energetischen Gebäudesanierungen zuführen. Eine solche Zweckbindung hatte das Parlament vor anderthalb Jahren abgelehnt, als es die Ausgestaltung und Höhe der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen beriet.

Ob der weiter gestiegene Ölpreis ein Umdenken bewirkt hat, wird sich weisen. In der SVP will sich der Freiburger Heizungsunternehmer Jean-François Rime dafür starkmachen: «Ich werde versuchen, mindestens einen Teil zu überzeugen.» Bei der FDP ist ebenfalls wenig Freude über die «neue Steuer» spürbar. Über diesen Punkt müsse man noch diskutieren, sagt Fraktionschefin Gabi Huber, welche der Allianz ansonsten einen «positiven Ansatz» attestiert.

Weniger umstritten ist die dritte vorgeschlagene Massnahme: eine Abschaffung der so genannten Dumont-Praxis, nach der private Käufer die Sanierung vernachlässigter Liegenschaften in den ersten fünf Jahren nach Erwerb nicht voll von der

Steuer abziehen können. Eine entsprechende Vorlage ist bereits im Parlament unterwegs.

Grüne hätten gerne mehr

Dieses Programm drücke das politisch Machbare aus, genüge aber nicht, gab Louis Schelbert zu bedenken. Der grüne Luzerner Nationalrat, auch er ein Mitglied der Allianz wies auf die Klima-Initiative hin. Das unter anderem von seiner Partei eingereichte Begehren verlangt, dass die Schweiz ihren Ausstoss an Treibhausgasen bis 2020 um 30 Prozent reduziert wobei die Postulate der Allianz helfen könnten.

Als Nebenwirkung erhoffen sich deren Mitglieder einen Impuls für die Bauwirtschaft. Bis dieser zum Tragen kommt, dürfte es indes noch dauern. Die Allianz spricht zwar von «Sofortmassnahmen», denen sie in der kommenden Herbstsession «zum Durchbruch verhelfen» wolle. Da es dazu aber Gesetzesänderungen braucht, können die Massnahmen im besten Fall 2010 greifen.

St.Galler Tagblatt

Inland

Allianz für mehr Isolation

Angesichts der hohen Energiekosten haben Parlamentarier eine überparteiliche Allianz zur Förderung von energetischen Gebäudesanierungen gebildet. Sie wollen in der Herbstsession steuerlichen Anreizen, einer Teilzweckbindung der CO-Abgabe und der Abschaffung der Dumont-Praxis zum Durchbruch verhelfen. (ap)

Inland Text

Politische Allianz für Gebäudesanierungen

Hohe Energiepreise lassen die Fronten aufweichen

Parlamentarier aus allen Fraktionen wollen die energetische Sanierung von Altbauten vorantreiben. Umstritten ist indes eine teilweise Zweckbindung der CO₂-Abgabe für entsprechende Subventionen.

wab. Bern, 3. Juli

Der Name «Allianz Energetische Gebäudesanierung jetzt!» verspricht ein forsches Vorgehen, und ein solches erwartet auch der Initiant, der Luzerner FDP-Nationalrat Otto Ineichen. Bereits in der kommenden Herbstsession sollen drei Massnahmen vom Parlament «abschliessend behandelt» werden: die Einführung steuerlicher Anreize für energetische Gebäudesanierungen, eine Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, welche jährlich bis zu 200 Millionen Franken für die Subventionierung von Sanierungen liefern soll, und eine Abschaffung der Beschränkungen von Steuerabzügen für Renovationen nach einem Liegenschaftsverkauf (sogenannte Dumont-Praxis).

Nachweis verlangt

Begründet wird das Tempo mit den rasant gestiegenen Energiepreisen, die einerseits ein günstiges Umfeld für solche Sanierungen schaffen, andererseits den Ruf nach finanziellen Entlastungen laut werden liessen. Unterstützt wird die Allianz von zehn Parlamentariern aus allen Fraktionen. An einer Medienkonferenz traten nebst Ineichen die Ständerätin Simonetta Sommaruga (Bern, sp.) sowie die Nationalräte Ruedi Lustenberger (cvp., Luzern), Jean-François Rime (svp., Freiburg) und Louis Schelbert (gp., Luzern) auf. Alle betonten, sie hätten im Interesse der Sache in einzelnen Punkten Konzessionen machen müssen. Bürgerliche tun sich eher mit der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe schwer, welche aus einer Lenkungsabgabe, die vollständig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückverteilt werden sollte, eine Steuer macht, Linke mit neuen oder höheren Steuererleichterungen. Die Vorbehalte hätten aber zumindest teilweise ausgeräumt werden können, etwa indem Steuerabzüge nur für Massnahmen gewährt werden sollen, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen und nachweislich einen Beitrag zum Energiesparen leisten.

Nebst politischen Vorstössen versucht die Allianz auch Energieunternehmen und Banken zu günstigen Angeboten für Gebäudesanierungen zu gewinnen. Bei drei Banken seien die Gespräche auf gutem Weg; voraussichtlich würden schon bald vergünstigte Kredite mit Zinssätzen zwischen 2,5 und 3 Prozent gewährt.

Die Erwartung des Initianten, die drei Hauptbegehren schon im Herbst unter Dach zu bringen, ist dennoch unrealistisch. Am ehesten möglich ist die rasche Abschaffung der Dumont-Praxis bei den Steuern, wonach Renovationskosten bei überalterten Liegenschaften fünf Jahre nach einem Verkauf nicht oder nicht voll abgezogen werden können, weil der Kaufpreis entsprechend tiefer war. Der Nationalrat hat die

Abschaffung schon gutgeheissen, und der Ständerat wird darüber im Herbst befinden; offen ist nur noch die Frage, ob die Änderung generell greifen oder auf energetische Sanierungen begrenzt werden soll.

Unrealistischer Zeitplan

Weitergehende Steueranreize können im Herbst bloss mit parlamentarischen Vorstössen angeregt werden; die erforderliche Gesetzesänderung käme frühestens nächstes Frühjahr ins Parlament. Und auch für die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe reicht es dieses Jahr nicht mehr. Ein Gesetzesentwurf der Energiekommission des Nationalrats hat zwar bereits die Vernehmlassung hinter sich. Die Stellungnahmen fielen aber kontrovers aus, so dass die von Ruedi Lustenberger geleitete Subkommission mit den Kantonen noch nach einer tragfähigen Lösung sucht. Die Vorlage kommt voraussichtlich im Dezember in den Nationalrat; die Beratung im Ständerat und eine allfällige Differenzbereinigung können erst 2009 stattfinden.

Ob die Teilzweckbindung wirklich mehrheitsfähig ist, steht zudem noch nicht fest. Bei der Einführung der CO₂-Abgabe hatte der Nationalrat den Vorschlag abgelehnt. Die CVP steht zwar mittlerweile mehrheitlich dahinter, in SVP und FDP dürfte er es aber weiterhin schwer haben. Das ist denn auch der Schwachpunkt der Allianz: Der Konsens beschränkt sich vorläufig auf Einzelpersonen, die Fraktionen wurden noch nicht konsultiert. Und sollte ein Teil des Pakets herausgebrochen werden, könnte der Konsens auch in anderen Punkten rasch wieder zerfallen.